

STADT BONN  
DER OBERBÜRGERMEISTER

MM Z 10 / 2350

BONN, DEN  
FERNRUF 77/

30. Nov. 1988  
3434

An den  
Präsidenten des Landtages  
von Nordrhein-Westfalen  
Herrn Karl Josef Denzer

4000 Düsseldorf

Telefax 0211/884 -2258



Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

In großer Sorge um die Zukunft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn wende ich mich heute an Sie.

Nach allem, was mir bekannt ist, steht zu befürchten, daß die von der Wissenschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Stellenkürzungen, über die der Landtag noch zu entscheiden hat, zu einem nicht wieder gutzumachenden Leistungseinbruch, vor allem in den geisteswissenschaftlichen Fächern, führen wird. Damit sind bestimmte Fächer in Bonn akut bedroht.

Mich bedrückt, daß das Konzept der Landesregierung, das nun die parlamentarische Billigung finden soll, in besonderer Weise die traditionsreichen Universitäten trifft. Gerade die historisch gewachsenen Universitätsstädte zeichnen sich durch exzellente Ergebnisse in Forschung und Lehre aus. Sie üben auch eine besondere Anziehungskraft auf Studenten aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, des europäischen Auslandes und der Dritten Welt aus, nicht zuletzt wegen ihrer unverwechselbaren, anregenden Atmosphäre.

Ich halte den politischen Ansatz des Konzeptes für falsch, auf die freie Wahl des Studienortes durch die Studenten, die u.a. zum besonderen Flair vieler alter Universitätsstädte beigetragen haben, in Zukunft keine gebührende Rücksicht mehr zu nehmen.

MM Z 10 / 2350

Studenten sollten nach Möglichkeit dort studieren können, wo sie dies möchten. Konzepte, die diese Wahlfreiheit mehr als unbedingt nötig beschränken, sind deshalb abzulehnen. Sie schnüren auch den beliebten Universitätsstädten die Luft ab, die sie zum Leben brauchen.

Die Bundeshauptstadt, deren Universität in besonderer Weise im Blickpunkt einer internationalen Öffentlichkeit steht, verträgt keine Entscheidungen, durch die ganze wissenschaftliche Sparten in ihrem Kern bedroht werden.

Ich appelliere an Sie, Herr Landtagspräsident, mit großer Eindringlichkeit, sich dafür einzusetzen, daß das Umverteilungskonzept des Landes mit seinen für die alten Universitätsstädte besonders abträglichen Folgen, keine parlamentarische Mehrheit findet.

Ich habe mir erlaubt, gleichlautende Schreiben an die Vorsitzenden der Fraktionen des Landtages zu richten.

MM 1 1 0 / 2350

Mit freundlichen Grüßen



( Dr. Hans Daniels MdB )